Erscheint wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend (Vormittag). Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mark 20 Pf. pränumerando.

Anzeiger
für
Zwönitz und Umgegend.
Organ
für den Stadtgemeinderath, den Kirchen- und Schulvorstand zu Zwönitz.

Inserate werden bis spätestens Mittags des vorhergehenden Tages des Erscheinens erbeten und die Corpusspaltenzeile mit 10 Pf., unter „Eingesandt" mit 20 Pf. berechnet.

Verantwortlicher Redacteur: Bernhard Ott in Zwönitz.

№ 60. Sonnabend, den 26. Mai 1883. 8. Jahrg.

Holz- und Reisig-Auction
auf Elterleiner Staatsforstrevier.

Im

Schießhause zu Zwönitz

sollen

Donnerstag, den 31. Mai d. J.,
von früh 9 Uhr an,

die auf Elterleiner Staatsforstrevier aufbereiteten
13300 Stück 3 cm starken **Stangen** } in den Bezirken „Schindelwald, Abth. 3, Winterleithe, Abth. 31 und Heuschuppenholz, Abth.
6650 = 4 = = = } 46 und 47,
93 Raummeter weiches **Astholz,** im Schindelwald, Abth. 1 und 3, Schatzenstein, Abth. 10, Winterleithe, Abth. 31, Heuschuppenholz, Abth. 46 und 47, Obere Kutten, Abth. 44 und
1973 Raummeter oder 197 Haufen **Streureisig** in den Bezirken: Schatzenstein, Abth. 8, Obere Kutten, Abth. 44 und Brand, Abth. 62,
unter den gewöhnlichen Bedingungen gegen Baarzahlung an den Meistbietenden versteigert werden.

Der mitunterzeichnete Revierverwalter ertheilt auf Anfrage nähere Auskunft.

Königl. Forstrentamt Schwarzenberg und Königl. Forstrevierverwaltung Elterlein,
am 21. Mai 1883.

Brückner. **Lehmann.**

Politische Rundschau.

Deutschland. Der Reichstag hat am Dienstag seine Verhandlungen bei schwach besetztem Hause wieder aufgenommen. Bei der Besprechung der Johannsen'schen Interpellation bezüglich der Einreihung der dänischen Optanten in Nordschleswig in den preußischen Staatsverband verließen die Bundesrathsmitglieder auf kurze Zeit die Sitzung, um hierdurch einen stillschweigenden Protest gegen die Interpellation abzugeben, deren Beantwortung der Vertreter der Reichsregierung, preußischer Finanzminister Scholz, überhaupt abgelehnt hatte. An die Interpellation Johannsen, deren Besprechung irgend ein Resultat nicht aufzuweisen hatte, schloß sich die 3. Lesung des Krankencassengesetzes an und zwar war die Dienstags-Sitzung lediglich der Generaldiscussion hierüber gewidmet. Aus derselben verdient nur die Erklärung des Herrn Scholz hervorgehoben zu werden, daß für die Regierung das ganze Gesetz unannehmbar sei, wenn der Reichstag darauf beharre, dasselbe auch auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter auszudehnen. Unter dem Eindrucke dieser Erklärung trat das Haus am Mittwoch in die Specialberathung des Krankencassengesetzes ein. Es handelte sich zunächst um die §§ 1, 1a und 2, welche den Kreis der Versicherungspflichtigen, resp. die Ausdehnung des Versicherungszwanges begrenzen; zu den genannten Paragraphen lag eine ganze Anzahl von Amendements vor, unter denen besonders der Antrag des Centrumsmitgliedes v. Hertling auf nur facultative Ausdehnung des Versicherungszwanges auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter in scharfen Gegensatz zu den von fortschrittlicher und secessionistischer Seite gestellten Anträgen trat, welche das Gesetz in seiner ganzen Ausdehnung auch auf die genannten Arbeiterclassen angewendet wissen wollen. Zwischen diesen Extremen bewegte sich ein von den Abgg. Hammacher, v. Maltzahn-Gültz und v. Kulmiz eingebrachter Compromiß-Antrag, dahin lautend, daß der Versicherungszwang zwar auf die ländlichen Arbeiter ausgedehnt werden solle, daß aber diejenigen Personen, welche bisher ohne Gegenleistung Anspruch auf Krankenpflege oder vollen Lohn während der Erkrankung haben, von der Versicherungspflicht befreit bleiben sollen. Im Laufe der Debatte erklärte Abg. Windthorst, daß das Centrum gegen das ganze Gesetz stimmen werde, wenn der Antrag Hertling verworfen werden würde; für letzteren sprach sich auch Finanzminister Scholz aus. Große Unruhe erregten im Hause die Ausfälle des Abg. Hirsch gegen die Rechte und das Centrum und konnte der genannte Redner nur unter großer Erregung des Hauses seine Ausführungen zu Ende bringen. Bei der nun folgenden Abstimmung wurde zunächst der Antrag des Abg. Dirichlet, die ersten 3 Paragraphen an die Commission zurückzuverweisen, abgelehnt und sodann § 1 unter Ablehnung aller hierzu gestellten Amendements nach den Beschlüssen der zweiten Lesung gegen die Stimmen der Fortschrittspartei und der Secessionisten angenommen. Bei der Abstimmung über den oben erwähnten Compromißantrag des Abg. Hammacher und Genossen ergab sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses und setzte deshalb der Präsident die nächste Sitzung auf Freitag den 22. d. M. fest, um den säumigen Abgeordneten Gelegenheit zu geben, sich zu der entscheidenden Abstimmung noch rechtzeitig einzufinden.

In der kirchenpolitischen Frage scheint eine Entscheidung nahe bevorzustehen. In dieser Woche ist dem preußischen Gesandten beim heiligen Stuhl, Herrn v. Schlözer, die Antwort der Curie auf die letzte Note seiner Regierung vom 5. Mai übergeben worden und obwohl über den Inhalt des päpstlichen Antwortschreibens noch nichts Näheres bekannt ist, so kann man aus den abfälligen Commentaren, welche die Organe des Vaticans der preußischen Note widmeten, doch ersehen, daß die Antwort der Curie nicht entgegenkommend gehalten sein wird. Das Ende des Kirchenstreites in Preußen ist demnach noch nicht abzusehen.

Der in Hannover versammelt gewesene allgemeine deutsche Handwerkertag ist am Mittwoch geschlossen worden. Vorher fand noch eine Resolution einstimmige Annahme, wonach der Handwerkertag dahin wirken will, daß der Großbetrieb in dem Maße, wie er Arbeiter durch Maschinen unnöthig mache, zur Gewerbesteuer heranzuziehen sei. Außerdem beschloß die Versammlung, den Entwurf einer Gewerbeordnung auszuarbeiten und denselben den gesetzgebenden Factoren vorzulegen.

Oesterreich-Ungarn. Mit der Auflösung des böhmischen Landtages hat der Slavismus dem Deutschthum in Oesterreich einen neuen empfindlichen Schlag versetzt. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Neuwahlen, welche die Landgemeinden am 28. Juni, die Städte am 30. Juni, die Handelskammern am 2. Juli und der Großgrundbesitz am 3. Juli vorzunehmen haben, zu Gunsten der Czechen ausfallen und ihnen die langerstrebte Majorität in der Prager Landstube bringen werden. Es ist dies aber nur eine weitere Etappe auf dem Wege zur czechischen Alleinherrschaft im Lande der Wenzelskrone, wenn auch bis zur Erreichung dieses Zieles noch viel Wasser die Moldau hinabfließen wird. Daß dann auch Mähren und Schlesien immer mehr mit in den Kreis der czechischen Bestrebungen hineingezogen werden wird, ist selbstverständlich, so daß vielleicht schon das nächste Jahrhundert ein „vereinigtes czechisches Königreich" begrüßen wird.

Frankreich. Auch in Frankreich will man jetzt dem Clerus den Brodkorb höher hängen. Die Sub-Commission der Deputirtenkammer für das Cultusbudget hatte an demselben einen Abstich von nahezu sechs Millionen gemacht, doch setzte der Budget-Ausschuß

SLUB
Wir führen Wissen.